

NIEDERSCHRIFT

über die 15. Sitzung des Rates

vom: 31.01.2001

von: 16.00 Uhr

bis: 18.57 Uhr

Ort: Rathaus Geisweid,
Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
Stv Dittert, Katrin
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich
Stv Gierlich, Michael
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Jacob, Martin
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Kleine, Sancho-Antonio
Stv Krombach, Ulrich
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Mues, Gunter

Stv Mues, Steffen
Stv Müller, Heinz

Stv Müller, Manfred
Stv Nauck, Gerda
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Strunk, Christine
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Mengel
Dipl.-Ing. Schlenther
Städt. VR Dorsch
Dipl.-Ing. Lüster
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Flohren, Angelika
Stv Dr. Schultze, Reinhold

Zu Beginn der Sitzung wird Herr Stv Wilhelm Lauble für seine 25-jährige kommunalpolitische Tätigkeit von Herrn Bürgermeister Stötzel ausgezeichnet.

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 3.1, 3.2 und 7.1 erweitert.

Vor Eintritt in die Tagesordnung befasst sich der Rat mit der vorgesehenen Schließung der Bundeswehr-Standortverwaltung Siegen

Herr Bürgermeister Stötzel verweist die zu dieser Thematik vorliegende Eilanfrage der F.D.P.-Fraktion und den Entwurf einer Resolution.

Die Beantwortung der Anfrage der F.D.P.-Fraktion ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Groß erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Resolution nicht zustimmen wird, da sie grundsätzlich eine Verkleinerung der Bundeswehr begrüßt. In der Konsequenz beinhaltet dies die Schließung von Standorten. Er lehnt es ab, dabei nach dem St.-Florian-Prinzip zu verfahren und für einen Erhalt der Standortverwaltung Siegen zu votieren. Der Bund ist jedoch aufzufordern, angesichts seiner arbeitsmarktpolitischen Verantwortung Mittel für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen bereitzustellen.

Angesichts der Tatsache, dass mit der Standortverwaltung bereits die dritte Einrichtung des Bundes in der Stadt Siegen geschlossen werden soll hält Herr Kirchhöfer es für angebracht, sich für den Erhalt der Einrichtung einzusetzen.

Herr Morgenschweis merkt an, dass Situation für die von der Schließung betroffenen Beschäftigten und ihre Familien bedauerlich ist. Dennoch befürwortet er grundsätzlich eine Verkleinerung der Bundeswehr und schließt sich insofern den Ausführungen von Herrn Groß an.

Herr Mues hält fest, dass neben den bereits angeführten Punkten auch der Verlust einer großen Garnison der Belgischen Streitkräfte zu erheblichen Auswirkungen auf die Stadtentwicklung geführt hat.

Herr Bertelmann und Herr Walter befürworten die Bemühungen, die Einrichtung in Siegen zu erhalten.

Der Rat der Stadt Siegen fasst folgende

Resolution zur geplanten Schließung der Standortverwaltung Siegen

Mit großem Unverständnis nimmt der Rat der Stadt Siegen die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers Scharping zur Schließung der Standortverwaltung Siegen zur Kenntnis. Die Auflösung der Standortverwaltung bedeutet den Wegfall von 151 Arbeitsplätzen, welcher auch 151 Einzel- bzw. Familienschicksale nach sich zieht.

Mit besonderem Bedauern wird der beabsichtigte Wegfall eines Ausbildungsbetriebes für Angestellte und Beamte des mittleren Dienstes registriert.

Nachdem bereits die Bundeswehrverwaltungsschule und das Verteidigungskreiskommando aufgelöst worden sind, wird die Stadt Siegen nunmehr zum dritten Male von einer Reduzierungsmaßnahme des BMVg betroffen. Die Schließung der Standortverwaltung ist umso unverständlicher, da derzeit die Strukturen der Wehrbereichsverwaltungen überprüft und ggf. neu zugeschnitten werden.

Der Rat der Stadt Siegen appelliert an den Verteidigungsminister, diese nachhaltig infrastrukturenschädigende Entscheidung zu revidieren und den Standort Siegen zu festigen. Darüber hinaus werden alle Bundes- und Landtagsabgeordneten dringend gebeten, sich für den Erhalt der Standortverwaltung Siegen einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 50 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

15. Rat 31.01.2001

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (F.D.P.)

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Nauck bestimmt.

15. Rat 31.01.2001

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 22.11. und 20.12.2000Niederschrift vom 22.11.2000 - TOP 5 - Regionaltheater „Apollo-Theater Siegen“

Frau Tielsch merkt an, dass ihr Abstimmungsverhalten zwar aus der Liste über die namentliche Abstimmung hervorgeht. Dennoch hätte sie gewünscht, dass ihre von der Fraktionsmeinung abweichende Auffassung entsprechend dokumentiert worden wäre.

Frau Schwarz-Schumann nimmt Bezug auf ihr an den Bürgermeister gerichtetes Schreiben und hält fest, dass sie mit in der Niederschrift dargelegten Kürze ihres Redebeitrages nicht einverstanden ist, da dieser nicht die Intention ihrer Ausführungen wiedergibt.

Die Niederschrift vom 22.11.2000 wird sodann unter Berücksichtigung vorstehender Einwände bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschrift vom 20.12.2000 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

15. Rat 31.01.2001

3. Fragestunde**3.1 Informationsveranstaltung in Bürbach**

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.01.2001

Die Antwort von Herrn Bürgermeister Stötzel ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

15. Rat 31.01.2001

3.2 Gewerbesteuerereinnahmen usw.

Anfrage des Stv. Morgenschweis vom 23.01.2001

Die Antwort von Herrn Stadtkämmerer Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

15. Rat 31.01.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**4.1 Verlagerung des Weihnachtsmarktes in die Oberstadt unter Einbeziehung des Unteren Schlosses**

Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 08.01.2001

Herr Bürgermeister Stötzel berichtet eingangs, dass der Vorstand der Gesellschaft für Stadtmarketing (GSS) am 09.01.2001 beschlossen hat, den Weihnachtsmarkt in die Oberstadt zu erweitern. Der Markt im Bereich der Siegplatte soll beibehalten, am Standort Markt/Fißmeranlage wieder Marktstände aufgestellt und in diesem Bereich besonders die Zielgruppe „Familien mit Kindern“ angesprochen werden. Der Schlossplatz wird nach den bisherigen Erfahrungen nur bei gezielten kurzzeitigen Aktivitäten akzeptiert und ist daher für die Durchführung des Weihnachtsmarktes nicht geeignet.

Herr Walter merkt an, dass die Kulisse der Oberstadt für einen Weihnachtsmarkt bestens geeignet ist. Er erinnert daran, dass seinerzeit der Weihnachtsmarkt auf der Siegelplatte angesiedelt wurde mit dem Ziel, die Unterstadt zu stärken. Da sich die Situation nunmehr umgekehrt hat, soll nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion eine komplette Verlegung in die Oberstadt erfolgen. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass nach der Gemeindeordnung der Rat für alle Angelegenheiten der Stadt zuständig ist. Daher sollte dieser unabhängig von den Vorstellungen der GSS seine Entscheidung treffen.

Herr Siebel weist auf das negative Ergebnis des Weihnachtsmarktes in der Oberstadt in den vergangenen Jahren hin. Er hält es für erforderlich, grundsätzliche Überlegungen zur Unterstützung der Oberstadt anzustellen und schlägt vor, die Thematik zunächst im Ältestenrat zu besprechen.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Initiative, das Thema im Rat zur Diskussion zu stellen, so Herr Schiemer. Es sollte dabei aber nicht nur die Standortfrage, sondern auch die ggf. notwendige Verlagerung des Wochenmarktes und die Konditionen für die Händler auf dem Weihnachtsmarkt einbezogen werden. Der Standort „Unteres Schloss“ ist aus Sicht der CDU-Fraktion für einen mehrwöchigen Markt nicht geeignet und sollte nicht weiter verfolgt werden. Entgegen dem Antrag auf Verlagerung kann seine Fraktion nur einer *Verlängerung* des Marktbereiches zustimmen. Diese Änderungen erhebt er zum Antrag.

Herr Groß macht deutlich, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur eine *Verlagerung* des Weihnachtsmarktes in die Oberstadt befürworten kann, da nur bei Aufgabe des Standortes Unterstadt der Markt wirtschaftlich betrieben werden kann. Er kann sowohl einer Vorberatung im Ältestenrat als auch einer Entscheidung entsprechend dem Antrag der F.D.P.-Fraktion zustimmen.

Herr Morgenschweis ist der Meinung, dass die Entwicklung in der Oberstadt in den Medien zu negativ dargestellt wird. Die Veränderungen unterliegen marktwirtschaftlichen Regeln und werden sich auch ohne Eingreifen der Stadt fortsetzen. Mit einem Votum in Sinne des Antrages kann der Rat jedoch ein Zeichen setzen.

Herr Kirchhöfer hält eine öffentliche Diskussion für wenig zuträglich und eine Beratung im Ältestenrat für sinnvoll.

Herr Walter ist namens der Antragstellerin mit einer Befassung im Ältestenrat einverstanden.

Herr Mues sieht bei einer Verlagerung erhebliche Probleme in Zusammenhang mit dem Wochenmarkt und das Risiko, dann gänzlich auf den Weihnachtsmarkt verzichten zu müssen. Eine Beratung im Ältestenrat ist seines Erachtens nicht erforderlich.

Beschluss (über den Verweisungsantrag):

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion wird zur Beratung an den Ältestenrat überwiesen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschluss (über den Antrag der CDU-Fraktion):

Der Weihnachtsmarkt wird ab dem Jahr 2001 von der Siegplatte bis in den Bereich der Oberstadt ausgeweitet. Eine Einbeziehung des Platzes am Unteren Schloss erfolgt nicht.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür

15. Rat 31.01.2001

4.2 Volkshochschule der Stadt Siegen

Antrag der CDU-Fraktion vom 15.01.2001

Frau Dittert führt ergänzend aus, dass die Zukunft der Volkshochschule in einem attraktiven Programm und einem ansprechenden Ambiente liegt. Daher sollte vor dem Hintergrund der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes geprüft werden, ob eine Kooperation mit der Kreis-VHS sinnvoll sein könnte.

Herr Bertelmann merkt an, dass der Kreistag dem Landrat einen ähnlich lautenden Prüfauftrag erteilt hat. Es geht zunächst um eine objektive Prüfung, welche Synergieeffekte erzielt und welche Vorteile erreicht werden könnten.

Frau Fries weist darauf hin, dass ähnliche Überlegungen in 1996 nicht weiter verfolgt und auch kürzlich bei einer Diskussion im Kulturausschuss über die VHS die Fragen nicht angesprochen wurden. Die Stadt Siegen verfügt über eine gut florierende Volkshochschule mit einem breiten Kursangebot. Problematisch ist jedoch die unzureichende räumliche Unterbringung. Da die Kreis-VHS eine völlig andere Angebotsstruktur aufweist, bezweifelt sie eine Vergleichbarkeit. Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, die Qualität, die Quantität und die Struktur der VHS beizubehalten.

Die Verwaltung begrüßt grundsätzlich den Auftrag, die Situation der Volkshochschule darzustellen, so Herr Dr. Rohr. Er bittet jedoch um eine konkrete Aussage, ob sich der Vergleich auf das derzeitige Leistungsangebot erstrecken soll. Entgegen der Aussage im ersten Satz des Antrages legt er Wert auf die Feststellung, dass in vielen Bereichen eine Abstimmung zwischen Stadt und Kreis erfolgt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann sich dem Wortlaut des Antrages an-schließen, so Herr Groß, jedoch werden folgende Kriterien gefordert:

- Beibehaltung des Standards
- keine Kürzung von Leistungen
- Kooperationsmöglichkeiten wahrnehmen
- Optimierungen ausschöpfen.

Die Antragsbegründung stellt seines Erachtens auf eine Reduzierung auf das Pflichtangebot ab. Er betont, dass dies von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich abgelehnt wird.

Herr Mues weist darauf hin, dass in dem Antrag keine Bedingungen aufgeführt sind und daher auf der heutigen Basis mit dem Kreis Kontakt aufgenommen werden soll.

Auf die Frage von Herrn Köhl zur im Antrag angesprochenen unabhängigen Begutachtung merkt Herr Bürgermeister Stötzel an, dass zunächst verwaltungsintern eine Projektgruppe mit der Untersuchung beauftragt wird. Wenn die Beteiligung Dritter erforderlich werden sollte, wird der Rat eingebunden.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein Gespräche über eine möglichst umfassende Kooperation der Volkshochschulen aufzunehmen.

Diese Gespräche sollen das Ziel haben, die Rechtslage zu klären und mögliche Optimierungen des Volkshochschulangebotes aus inhaltlicher, fachlicher, insbe-sondere aber wirtschaftlicher Sicht auszuarbeiten.

Hierzu gehört auch, dass im Bedarfsfall in Abstimmung mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein eine unabhängige Begutachtung durch geeignete Fachleute in Auftrag gegeben wird.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Stimmen dagegen), 3 Enthaltungen

15. Rat 31.01.2001

4.3 Busdispositionssystem / Busbereitstellungsplatz

Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2001

Herr Brune gibt einen umfassenden Bericht, der der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Mues nimmt zunächst Bezug auf die Aussagen des Vorstandes der VWS in einem Presseartikel in der Westfälischen Rundschau vom 17.01.2001. Er hält fest, dass auf dem alten Busbahnhof nicht 30 Haltestellen vorhanden waren, sondern lediglich max. 18. Die übrigen Plätze befanden sich auf dem alten Busbereitstellungsplatz (BBP). Auch der Platzbedarf auf dem neuen BBP (genannt wurden 69 Plätze + 10 für Westfalenbus) ist, wie er erfahren hat, mit 26 Plätzen auskömmlich. Diese Anzahl kann auf dem Gelände des ersten Bauabschnitts untergebracht werden, wie auch die Beobachtung der Situation vor Ort zeigt.

Nach Inbetriebnahme des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) ist festzustellen, dass sich die Verkehrssituation entspannt hat und keine wesentlichen Erschwernisse in den Verkehrsspitzenzeiten auftreten. Die Situation stellt sich seines Erachtens zu-mindest nicht so dar, dass seitens der Stadt erhebliche Investitionen, insgesamt zu Lasten des Steuerzahlers, umgesetzt werden müssen.

Im Hinblick auf den finanziellen Beitrag der Stadt ist darauf hinzuweisen, dass sich der genannte Umfang des Fahrgastaufkommens am ZOB nicht nur auf das Stadt-gebiet und die nähere Umgebung erstreckt, sondern auch auf die angrenzenden Kreise.

Da der Betrieb auf dem ZOB heute ohne das Busdispositionssystem, dem auch die VWS ablehnend gegenüber stand, ohne nennenswerte Einschnitte abgewickelt werden kann vertritt die CDU-Fraktion die Auffassung, dass die Installation des Systems entbehrlich ist.

Des Weiteren ist auf den Beschluss des Rates in der letzten Legislaturperiode hinzuweisen, wo mit großer Mehrheit die VWS aufgefordert wurde,

- a) die Wartezeit an den einzelnen Halteplätzen auf 5 Minuten zu begrenzen,
- b) die Linienführung zu optimieren, Durchmesserlinien einzurichten und Linienendpunkte zu verlegen,
- c) die Hauptverbindung in Nord-Süd-Richtung über das Kölner Tor zu führen und
- d) Fahrplanänderungen zur Entzerrung der Spitzenzeiten vorzunehmen.

Es ist jedoch bis heute keine Umsetzung der genannten Punkte festzustellen.

Abschließend hält er fest, dass nach Meinung der CDU-Fraktion ernsthaft geprüft werden muss, ob unter Abwägung der v. g. Punkte Investitionen, die in der bekannten Größenordnung nicht erforderlich sind, aufgebracht werden sollen.

Herr Bertelmann weist darauf hin, dass seitens der CDU-Fraktion ein umfangreicher Bericht beantragt wurde und die Verwaltung diesem nachgekommen ist. Schlussfolgerungen können ohne eingehende Betrachtung der Sachverhalte zum jetzigen Zeitpunkt nicht gezogen werden.

Herr Boller beklagt das schlechte Klima für den ÖPNV, da dieser nicht genügend von allen Beteiligten unterstützt wird. Letztlich geht dies zu Lasten der Fahrgäste. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Mues weist er darauf hin, dass die Vorleistungen der Stadt, wie z. B. die Busspur von Geisweid nach Weidenau, bisher nicht erbracht wurden.

Da das Busdispositionssystem auch die Fahrgastinformation beinhaltet, ist die Realisierung seines Erachtens unbedingt erforderlich. Diese sollte aber unter dem Gesichtspunkt der Benutzerfreundlichkeit mit der Maßgabe erfolgen, dass feste Abfahrtpunkte eingerichtet werden.

Hinsichtlich des Busbereitstellungsplatzes ist er der Auffassung, dass die Planung überdimensioniert ist und im Vorfeld unnötige Investitionen getätigt wurden. Zum Ausgleich sollten die für den BBP erworbenen Liegenschaften wieder verkauft werden. Der Bedarf an Abstellplätzen ist für ihn nach wie vor in dem geplanten Umfang nicht erkennbar. Vielmehr ist vor Ort festzustellen, dass die jetzige Größe des Platzes auskömmlich ist.

Herr Schneider beantragt Übergang zur Tagesordnung.

Herr Mues spricht dagegen.

◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen lehnt mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung ab.

Auf Bitte der CDU-Fraktion wird die Sitzung von 17.58 Uhr bis 18.13 Uhr unterbrochen.

Herr Schulte nimmt Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und den darin an-gekündigten Vertragsentwurf zum Betrieb des Busdispositionssystems und merkt an, dass im Zuge dieser Beratungen Entscheidungen getroffen werden sollten. Seines Erachtens ist der Betrieb des ZOB ohne Busdispositionssystem möglich und daher der Einsatz erheblicher städtischer Finanzmittel nicht nachvollziehbar. Auch der zweite Bauabschnitt des BBP ist in Anbetracht der tatsächlichen Benutzung des Platzes nicht erforderlich. Die CDU-Fraktion verzichtet zunächst auf die Formulierung eines entsprechenden Beschlussvorschlages und erwartet die Verwaltungsvorlage.

Herr Siebel merkt an, dass die gesamte Problematik mehrfach und eingehend beraten wurde und gutachterlich belegt ist. Für eine zufriedenstellende Abwicklung des ÖPNV am ZOB sind sowohl das Busdispositionssystem als auch der Busbereitstellungsplatz in seiner geplanten Größe erforderlich.

Herr Morgenschweis begrüßt die Initiative, den Sachverhalt nochmals aufzugreifen und kritisch zu hinterfragen.

◆ ◆ Die Aussprache ist somit beendet.

15. Rat 31.01.2001

5. 38. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil Siegen-Mitte
Bebauungsplan Nr. 310 „Seilereiweg / Fludersbach“ im Stadtteil Siegen-Mitte;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Ergänzung / Erweiterung des Plangebietes des Bebauungsplans
Nr. 310 / Aktualisierung des Aufstellungsbeschlusses vom 19.05.1999
- Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung
- Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie die
Abstimmung mit den Nachbargemeinden
- Beschluss der Planentwürfe und ihre öffentliche Auslegung

Vorlagenr. 887/00 - Vorlage vom 03.01.2001
dazu: Anlage zur Begründung (Tischvorlage)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 1.1 gemäß § 2 (4) BauGB den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 310 "Seilereiweg / Fludersbach" vom 19.05.1999 zu aktualisieren und das Plangebiet im Osten gemäß Übersichtsplan (Anlage 2 der Vorlage) zu erweitern;
- 1.2 die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 310 "Seilereiweg / Fludersbach" und der dazugehörigen 38. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß den als Anlage 5 der Vorlage beigefügten Stellungnahmen 1 - 7 (Abwägung) zu behandeln; die Anlagen der Vorlage sind Bestandteil der Beschlussfassung;
- 1.3 es wird zur Kenntnis genommen, dass die Belange der Nachbargemeinden durch die 38. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan Nr. 310 "Seilereiweg / Fludersbach" nicht berührt werden.

1.4 gemäß § 3 (2) BauGB

- den Entwurf der 38. Änderung des Flächennutzungsplanes,
 - den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 310 "Seilereiweg / Fludersbach"
- und ihre öffentliche Auslegung mit Erläuterungsbericht und Begründung (Plangebiete Anlagen 1 und 2 der Vorlage).

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

15. Rat 31.01.2001

6. Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Siegen vom 07.11.1988 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 19.12.1997

hier:

6. Änderungssatzung

Vorlagenr. 886/00 - Vorlage vom 11.12.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die als Anlage I der Vorlage beigefügte 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen

- Erschließungsbeitragssatzung - der Stadt Siegen vom 07.11.1988 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 19.12.1997 und nimmt von den Kalkulationsunterlagen Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

15. Rat 31.01.2001

**7. Ausschussumbesetzungen;
hier: Vergabeausschuss und Sport- und Bäderausschuss**

Vorlagenr. 934/01 - Vorlage vom 18.01.2001

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Helmut Plate als stellvertretendes, beratendes Mitglied in den Vergabeausschuss,
- b) Herrn Günter Otto als stellvertretendes Mitglied in den Sport- und Bäderausschuss und
- c) Herrn Ulrich Steiner als ordentliches, beratendes Mitglied in den Sport- und Bäderausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

15. Rat 31.01.2001

**7.1 Ausschussumbesetzungen
- Kulturausschuss
- Bezirksausschuss I und II**

Vorlagenr. 948/01 - Vorlage vom 30.01.2001 (Tischvorlage)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Herrn Joachim Maziejewski als stellvertretendes Mitglied in den Kultur- ausschuss,
- b) Herrn Jens Kamieth als ordentliches Mitglied und Herrn Günter Jank als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid -,
- c) Herrn Ingo Janson als stellvertretendes Mitglied in den Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau -.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

15. Rat 31.01.2001